

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Mai 1957

129/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Marianne P o l l a k, M a r k, S t r a s s e r,
Dr. N e u g e b a u e r und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht,
betreffend den Statistenstreik in der Wiener Staatsoper.

-.-.-

Der Streik der Statisten in der Wiener Staatsoper hat in der Bevölkerung großes Aufsehen erregt. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Spitzengagen ausländischer Opernstars den wirklich äußerst geringfügigen Entschädigungen der Statisten gegenübergestellt wurden. Diese Differenzen sind jedoch auf normale Art im Verhandlungswege sicher beizulegen. Das Verhalten der Bundestheaterverwaltung bzw. der Operndirektion aber wird wohl längere Zeit in Erinnerung bleiben. Die Zeitung "Wiener Montag" brachte am 27. Mai 1957 die Meldung, daß die Aushilfsbilleteure und Aushilfsgarderobiere mit der Drohung unter Druck gesetzt wurden, daß sie nicht mehr beschäftigt würden, wenn sie sich nicht sofort als Statisten für die "Aida-Aufführung" zur Verfügung stellten.

Die unterzeichneten Abgeordneten können nicht glauben, daß tatsächlich derartige Gewaltmaßnahmen ergriffen wurden, und wollen daher von einem Kommentar absehen, bevor nicht die Richtigkeit dieser Meldung festgestellt wurde.

Aus Kreisen Wiener Exekutivbeamter wird berichtet, daß unter der Wiener Sicherheitswache und der Gendarmerie große Empörung herrscht, weil die Bundestheaterverwaltung bzw. Operndirektion an die Polizeidirektion Wien und an das Zentralgendarmeriekommando mit dem Ansinnen herangetreten ist, Beamte der Exekutive als Statisten zur Verfügung zu stellen.

Wenn man davon absieht, daß der Exekutivbeamte durch seine Position in der Bevölkerung ein gewisses Ansehen genießt, das er nicht durch alle möglichen Aushilfsdienste aufs Spiel setzen darf, so ist das Ansinnen an sich unerhört, daß die überwiegend gewerkschaftlich organisierten Exekutivbeamten als Streikbrecher von öffentlichen Stellen eingesetzt werden sollten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die nachstehenden

A n f r a g e n:

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, mitzuteilen, ob die Meldung der oben angeführten Montags-Zeitung auf Wahrheit beruht?

2. Ist der Herr Bundesminister bereit zu untersuchen, ob tatsächlich die Bundestheaterverwaltung an die Polizeidirektion und an das Gendarmeriekommando mit einem solchen Ansinnen herangetreten ist?

-.-.-.-.-